



die Kabinettsschäden, die mit dem Feinde zusammengetrieben. Um meinen Empörten über seine Angriffe auf die Reichsregierung, die er, wie der FdP einwandfrei erläutert, auf speziellen Wunsch des Ministerpräsidenten Dr. Belauer besonders schwarz ausplauderte. Dem Reichskanzler war er Unstabilität, Unzuverlässigkeit vor, der selbst den Vorwurf "lebender Feindnamen" unwilligstprochen gelassen habe. Die Reichstagsverhandlungen der letzten Tage seien ein Theater gewesen, wie es noch kein Theater geboten habe. Eine große Zahl der Besucher verließ während der Rede ostentativ unter lautem Türläuten das Haus, andere gaben ihrer Empörung durch löschen Ausdruck. Beim Schluß der Rede, die einem kommunistischen Propagandadreher alle Ehre gemacht hätte, spendeten Ministerpräsident Dr. Belauer und Kultusminister Blechner besonders lebhafte und anhaltend Beifall. — Den Besuchern, die in der Garderobe ihrer Empörung über diese Art von "Verfassungsfeier" laut Ausdruck verliehen, wurde von linksstehenden Sozialisten erklärt, daß derjenige, der solche Ausführungen nicht hören wolle oder könne, zu einer solchen Feier nicht gehen dürfe.

### In der englischen Note an Frankreich und Belgien

Die 55 Paragraphen enthalten, weit die britische Regierung zunächst auf ihre außerordentliche Enttäuschung über die Antworten von Paris und Brüssel hin. Die Aufnahme ihrer Vorschläge lasse die englische Regierung unter dem peinlichen Eindruck, daß die von England angebotene Mitwirkung nach Ansicht der beiden Regierungen keine Erwägung verdiene. Obwohl die belgische Antwort auf den ersten Blick weniger unangemessen erscheine, sei die Haltung der beiden Regierungen für alle praktischen Zwecke identisch, da auch nach der belgischen Note für eine Fortdauer freundlicher Unterredungen die belgischen Forderungen im Voraus zugestanden werden sollten. Weder in der französischen noch in der belgischen Antwort sei irgendeine Anspielung auf den Inhalt des englischen Antwortentwurfs auf das deutsche Memorandum enthalten. Die französische Regierung übergebe den Vorschlag einer gemeinsamen Antwort mit vollständigem Stillschweigen, während dieser Vorschlag doch das Hauptziel der englischen Regierung in ihrem Wunsche nach Aufrechterhaltung der Alliierten Einheit sei. Die Nachfragen über Einzelpunkte eröffneten nur die Aussicht auf eine unbegrenzt ausgeweitete Kontroverse. Die Zustimmung der belgischen Regierung zu einer neuen Untersuchung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands werde von weitreichenden persönlichen Vorstellungen für Frankreich und Belgien auf Kosten ihrer Alliierten und insbesondere Großbritanniens abhängig gemacht. Das enthalte eine offenkundig falsche Auffassung der Lage. Es habe keinen Zweck, von Deutschland mehr zu fordern, als es zahlen könne. Der Höchstbetrag seiner Abzahlungen sei von größter Bedeutung für alle seine Gläubiger.

Nach einer Meldung des Mentzischen Büros weist die Frankreich und Belgien übergebene englische Note darauf hin, daß die französisch-belgischen Unregelmäßigkeiten in Bezug auf die Priorität auf eine Abänderung des in zwei festgelegten Verteilungsschlüsse des Reparationsleistungen zu Gunsten Frankreichs und Belgien hinauslaufen. Die britische Regierung sei immer noch der Meinung, daß die gesamte Reparationssumme durch eine unbaristische internationale Feststellung bestimmt werden sollte. In der Note wird der Standpunkt vertreten, daß die Bekämpfung des Kabinettsschädes keine auf Grund des Friedensvertrages berechtigte Sanktion sei. Die britische Regierung sei jedoch willens, die Frage der Rechtsfähigkeit dem internationalen Gerichtshof im Haag zu unterbreiten. Sie sei bereit, ihre Zahlungsforderungen an die Alliierten und an Deutschland auf eine Summe zu begrenzen, die annähernd 14 Milliarden Goldmark beträgt und die den Wert der kundierten britischen Schulden an die Vereinigten Staaten darstellt. Großbritannien wolle, daß Deutschland bis zur äußersten Grenze seiner Fähigkeit Reparationen leistet. Die französisch-belgischen Methoden halte jedoch die britische Regierung für zum Scheitern verurteilt.

In einem besonderen Memorandum über die interalliierten Schulden erläutert die britische Regierung, irgend ein Nachtrag könne nur gewährt werden, wenn eine feste Regelung der Reparationsfrage getroffen sei. Sie betont, der erste Schritt müsse die Erzielung einer Übereinstimmung der Alliierten über die Höchstsumme sein, die man vernünftigerweise von Deutschland erhalten könne. Die britische Regierung erklärt, die französische Schulden an Großbritannien könne reduzierbarweise nicht abgeleugnet werden, und ist der Ansicht, daß mit der Begleichung der Binsen begonnen werden sollte, sobald das Verhältnis des Pfund Sterling zum Franken einigermaßen stabil geworden sei.

#### Veröffentlichung eines englischen Blaubuches.

Dem Newyork Herald zufolge werde die englische Regierung in kurzer Zeit eine andere Note zur Verantwortung des deutschen Vorschlags fertigstellen. In der Downing-street verspricht man sich großen Erfolg von der Veröffentlichung eines Blaubuches, das heute Montag erscheinen soll und eine umfassende Darstellung der englischen Reparationspolitik bringt. An Italien soll gleichfalls eine Antwort geschickt werden. Da sie aber die italienische Auffassung im großen und ganzen mit den englischen Annahmen deckt, mißt man dieser Verästlichung Italiens keine grohe Bedeutung bei.

#### Veröffentlichung französischer Dokumente.

Wie der Temps mitteilt, hat die französische Regierung die Veröffentlichung einer bestimmten Anzahl von Dokumenten, die sich auf die jüngsten Verhandlungen über die Reparationsfrage beziehen, vorbereitet. Schließlich habe die französische Regierung die verschiedenen an der Sache interessierten Regierungen gefragt, ob sie nichts gegen die Veröffentlichung einwenden hätten; die Antworten aus London und Rom ständen noch aus.

### Generalstreitparole in Berlin.

Am Sonnabend vormittag tagte in Berlin auf Einladung des kommunistischen 15er Ausschusses eine Betriebsräteversammlung, die den Beschluss zu einem dreitägigen Generalstreit in Berlin faßte. Nach knappen Referaten und kurzer Diskussion wurde eine Resolution angenommen, die den Generalstreit in Berlin bis Dienstag Nacht proklamierte und in den Betriebsräten folgende Forderungen erhoben: Sturz der Regierung Esono, Beschaffnahme von Lebensmitteln zur Sicherstellung der Errichtung der Arbeiterschaft, Zurücknahme des Verbots der proletarischen Hundertschaften, Anerkennung der proletarischen Kontrollausschüsse, Belebung von 60 Friedenspfosten als Stundenlohn und Aufhebung des Demonstrationsverbots von der Ausnahmeverordnung. In der Diskussion wurde unter großem Beifall gefordert, daß aus den blauen Betrieben die Betriebsräte mit Gewalt herausgeholt werden sollen. Streitende Kommunisten haben mehrfach versucht, den Personenverkehr auf den Berliner Bahnhöfen zum Stillstande zu bringen und auch die Angestellten der Hoch- und Untergrundbahn zur Arbeitsniederlegung zu bewegen. Zu ersten Zusammenstößen kam es am Sonnabend abends auf dem Hermannplatz in Neukölln, wo Demonstranten Omnibusse anzuhalten und umzuwerfen versuchten. Der Polizei gelang es überall, die Ordnung wieder herzustellen.

Die Berliner Bevölkerung wurde in Plakaten, die an sämtlichen Schuleingängen erschienen sind, zur Aufrech-

tenhaltung der Ruhe und Ordnung aufgefordert. Unter Hinweis auf die Notstandsmaßnahmen der Regierung wird betont, daß die Proklamation des kommunistischen Generalstreits lediglich dazu führen könne, diese Notstandsmaßnahmen zu sabotieren und die Ruhe und Ordnung zu föhren und Hungernden und maßloses Elend über die städtische Bevölkerung zu bringen. Dadurch müsse natürlich das Vertrauen des Auslandes in die deutsche Diplomatie sinken. Wer die Hoffnung Frankreichs auf den Zusammenbruch unseres Widerstandes zu schaden machen will, muß jetzt mehr denn je für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung eintreten. Der Magistrat forderte in einem Aufruf die streikenden städtischen Arbeiter und Angestellten auf, die heute mittag die Arbeit wieder aufzunehmen. Später sich Meldeenden können nur im Betriebsfall wieder eingestellt werden.

Der gestrige Sonntag ist in Berlin, abgesehen von einigen kleineren Särgen der Ordnung, ruhig verlaufen. Der kommunistischen Generalstreitparole haben nur die städtischen Gasanstalten und das Charlottenburger Elektrizitätswerk Folge geleistet. Im Eisenbahnbetrieb hat die Generalstreitparole keine Verschlechterung der Lage gebracht; der Fern-, Vorort- und Stadtbahnbetrieb konnten reibungslos durchgeführt werden. Dagegen ist die Reichsdrucker von neuem in eine schwierige Lage gekommen. Die "Generalstreitleitung" hat nämlich eine neue Arbeitsniederlegung angeordnet und tatsächlich sind am Sonntag die Heizer und Maschinisten sowie ein Teil der Arbeiter nicht zur Arbeit erschienen. Die Belebung der Nachmittagschicht war noch lächerlich, und es erwies sich fraglich, ob der normale Betrieb aufrechterhalten werden kann. Wie verlautet, wird aber bereits mit der Technischen Not hilfe verhandelt, die eventuell eingreift.

#### Ein Aufruf der Berliner freien Gewerkschaften.

Die Berliner Gewerkschaftskommission und das Ortskonsortium Berlin des Ufa-Bundes haben einen Aufruf "an die arbeitende Bevölkerung Berlins" erlassen, in dem Forderungen aufgestellt werden, die zum Teil inzwischen durch die Reichsnotstandshilfe erfüllt worden sind. In dem Aufruf heißt es zum Schluß: "Für die Sicherstellung der Lebensmittelversorgung darf begonnen werden. Ihre Befreiung ist aber nur möglich, wenn der Verkehr organisch funktioniert! Der Generalstreit ist deshalb das ungeliebteste Mittel, die Lebens- und Baumittelknappheit der Bevölkerung zu bestimmen. Aus diesem Grunde haben die Ausschüsse der Berliner Gewerkschaftskommission und des Ortskonsortiums Berlin des Ufa-Bundes die Auskunft des Generalstreits abgelehnt. Unter Würdigung aller Voraussetzung im Sinne gewerkschaftlicher Beurteilung der Vorbereitung des gegenwärtigen Generalstreits erklären wir erneut, daß wir und die uns angehörenden Gewerkschaften mit dieser Bewegung nichts zu tun haben. Die Verantwortung für alle Folgen der Teilnahme hat jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer Groß-Berlins selbst zu tragen."

#### Ausdehnung der kommunistischen Gewebewegung.

Leipzig. Da die Kommunisten in Leipzig die größten Anstrengungen an einem Generalstreit machen, fordert der Vorkampf der Leipziger Sozialdem. Partei die Arbeiter auf, in der heutigen innerpolitischen Situation von einer wilden Aktion zurückzutreten und die parlamentarische Taktiklinie zu bewahren. Trotzdem sind die Arbeiter in den städtischen Gaswerken in den Streik getreten, so daß Leipzig ohne Gas ist. In den städtischen Elektrizitäts- und Wasserwerken wird vorläufig noch gearbeitet. Doch sind auch hier die kommunistischen Wähler in Tätigkeit, um die Arbeitsniederlegung zu erreichen. Aus dem Mitteldeutschen Rundschau liegen Meldungen vor, daß sich dort der Streik der Beamten ausgedehnt haben. So kreisen die Arbeiter in den Revieren Weinhofs, Seitz, Naumburg und in Geiseltal.

Halle a. S. Die Konferenz der Betriebsräte des Bergwerks Merseburg hat einen dreitägigen Generalstreit beschlossen, der Sonntag abend 8 Uhr begann.

Gotha. Hier sind die Maurer wegen Lohndifferenzen in den Ausland getreten. Wie die "Märkische Volksstimme" aus Wetzlar meldet, legten die Verarbeiter der Eintracht-Werke am Freitag morgen die Arbeit nieder, da ihre Forderung auf Zahlung einer Wirtschaftshilfe von 5 Millionen M. abgelehnt worden ist.

Braunschweig. Die Streitbewegung im Bezirk Braunschweig Stadt und Land hat sich weiter ausgedehnt. Auf den Halberstädter Kohlenwerken und in den Kaliwerken Ems sind die Arbeiter in den Streik getreten. Sie verlangen Lohnauszahlungen in Goldwährung. Zu ernsten Zusammenstößen ist es bisher noch nicht gekommen.

Hannover. Die Belegschaften der Betriebe sind in den Streik getreten. Darüber hinaus finden Unruhen gegen die Teuerung statt. Bei den Unruhen ist es leider auch zu Plünderungen gekommen. So wurde das Kaufhaus Kern und eine Wagni Blaufabrik am Steintor geplündert. Auch in anderen Teilen der Stadt wurden Plünderungen vorgenommen. Gest gestern nach 10 Uhr abends trat Süde ein. Nach den bisherigen Feststellungen hat es 3 Tote und ca. 40 Verletzte gegeben.

Coburg. Die Arbeiter des Land- und Städtekreises Coburg sind gestern in den Generalstreit eingetreten.

Büchel. Im Laufe des Sonnabends kam es hier wieder zu wilden Ausschreitungen. Vor der Polizeiwache sammelte sich eine große Menschenmenge an, die dem wiederholten Aufrufen der Polizei, auseinanderzugehen, keine Folge leistete. Als schließlich in unmittelbarer Nähe der Wache eine Handgranate explodierte, gab die Polizei Feuer, wobei 11 Personen verletzt wurden. Nach Auflösung der Arbeiterchaft wurde die Polizei zurückgezogen und die Vereinigung "Republik" übernahm den Ordnungsdienst.

Die Arbeiterchaft hat den Generalstreit proklamiert, von den wichtigsten Lebensmittelbetrieben ausgenommen. Infolge des Generalstreits ist die Arbeit in den "Nordischen Hochbahnwerken" wieder eingestellt worden, so daß die Stadt ohne Gas und Elektrizität ist.

#### Aufruhr in Neurode in Schlesien.

Bereits am Freitag abend begannen im Orte Neurode Demonstrationen der sehr stark vertretenen Kommunisten und Syndikalisten. In den frühen Morgenstunden des Sonnabends erreichten die Unruhen ihren Höhepunkt. Der amtierende Landrat des Kreises Neurode, der Mehrheitssozialist Dr. Nagel, wurde von den rasenden Demonstranten auf die Straße geschleppt und fast zu Tode geprügelt. Das in Neurode stationierte Schuhpolizei-Commando ist bereits in den frühen Morgenstunden entwaffnet worden. Auf die erste Wiedlung von den Unruhen entstand das Oberstabsamt in Breslau als Verstärkung die Belegschaft der Schuhpolizeischule Frankenstein; der Sonderzug wurde vor der Station Neurode vor einer tausendstöckigen bewohnten Menge aufzuhalten und zum Umstehen gezwungen. Das Frankensteiner Kommando ist daher vorläufig in Glas untergebracht. Unverhältnismäßigweise ordnete der Bürgermeister den Monarch der legten in der Stadt gebliebenen Polizeitruppen an. Bei diesem Blutzug wurde die Polizei überwältigt, und als sie sich zur Wehr setzte, entwickele sich ein Straßengeschäft, bei dem es 8 Tote und 28 Verwundete gab.

#### Aufruhr in Neurode in Schlesien.

Die Vulkanwerk in Stettin gibt bekannt, daß es wegen des wilden Streits und der passiven Resistenz eines Teiles der Arbeiterchaft sich gezwungen seien, ihre gesamten Betriebe zu schließen und die Belegschaft zu entlassen. Auch andere Betriebe waren hierbei betroffen. Die Sache des deutschen und des französischen Realstaates ist auf das Ende mit innander ne-

### Betriebsaufnahme in Hamburg.

Nach der Wart von Blohm & Voss gehen auch die Vulkanwerke bekannt, daß der Betrieb am Montag wieder aufgenommen werden soll.

### Die Lage im Zwickauer Kohlenrevier.

Aus Wurst vor Gewalttaten blieben Mittwoch und Donnerstag in Zwickau zahlreiche Geschäfte geschlossen. In vielen Häusern beobachtete sich ganze Trupps in die Verkaufsläden, forberten Wurst, Backwaren etc., die ihnen in der Regel aus Wurst vor Gewalttätigkeiten gewährt wurden.

Trotzdem bei den Lohnverhandlungen in Berlin ein Durchschnittslohn von rund einschließlich Millionen Mark pro Schicht herausgekommen war und außerdem eine außerordentliche Wirtschaftshilfe von 500000 Mark gewährt wurde, erklärte die Streitleitung in Zwickau, den Streik nicht als beedet anzusehen und verlangte die Erfüllung der vollen Forderung einer einmaligen Beihilfeszahlung von 6 Millionen Mark. Die lokale Regierung bat daraufhin zum dritten Male eine Vermittlungsaktion unternommen. Hierauf haben sich die Arbeitgeber genötigt, die verlangten Betriebe zu gewähren, nachdem die Regierung vertritt, erklärt hatten, daß die Gesamtzahl im Steinbalkenrevier durchaus reicht sei. Die sofortige Beilegung des Streiks im Staatsinteresse sei unbedingt notwendig, da die Arbeitern und Arbeitnehmer nicht mehr mit Problemen verkehren. Auch die Notlandarbeiten konnten nicht mehr verichtet werden. Nach Abschluß der Verhandlungen mit der Regierung hat die Streitleitung nunmehr den Streik für beendet erklärt.

Die Ausschreitungen gegen Unternehmer und hochgestellte Beamte dauern fort. In Gersdorf wurde des Betriebsdirektor Hobst nachts in seiner Wohnung von der Arbeiterschaft bedroht, sobald er stehen muhte.

#### Teuerungsbewegungen in Neustadt i. S.

Wie die "Zeitung für das Meißner Hochland" dem Telunion-Sachverständigen mitteilt, kam es Sonnabend morgen in Neustadt zu Einbrüchen und Demonstrationen. In den meisten Betrieben hat nach Auflösung von noch unbekannter Seite die Arbeiterversammlung wieder aufgenommen, die auf die schwere Notlage der beschäftigten Klasse reaginiert. Später teilte sich die Menge und zog in einzelnen Trupps auf die benachbarten Dörfer, wo gegen Bezahlung Lebensmittel beschafft werden sollten. Am Nachmittag und Abendstunden ist es bei der Bevölkerung gegen Bezahlung Lebensmittel beschafft werden sollten. Am Nachmittag und Abendstunden ist es bei der Bevölkerung gegen Bezahlung Lebensmittel beschafft werden sollten.

#### Messingen nach Lebensmitteln im Bezirk Bautzen.

Dem Telunion-Sachverständigen wird zu den schon berichteten Demonstrationen in der Bautzner die Arbeiterversammlung verlassen und hat sich den Kontrollausschüssen angeschlossen, die in der Stadt und in den Orten Altenburg, Schirgiswalde, Kötzschenbroda und Oppach bei Landwirten und in Lebensmittelgeschäften Durchsuchungen nach Lebensmitteln vorgenommen. Bumeist hat diese Kontrolle unter Beteiligung der Gemeindevertretung oder der Polizei stattgefunden und ist in geregelten Formen verlaufen. Plünderungen und Gewalttaten sind nicht bekannt geworden. Um 4 Uhr nachmittags wurde in Bautzen das Hamburger Kaffeehaus durchsucht. Besonderer Anstoß hatte es erregt, daß dort am Vormittag die Margarine mit 900000 M. am Nachmittag aber schon mit einer Million Mark verkauft wurde. Der Kontrollausschuss legte nach Prüfung der Rechnungen durch, daß die Margarine zu 800000 M. verkauft wurde. Ein Autotransport mit Lebensmitteln, den der Inhaber des Hamburger Kaffeehauses zu rückgeben ließ, wurde von Mitgliedern des Kontrollausschusses zur Umkehr gebracht und im Lager des Roumvereins abgeladen. Weiters wurden durchreisende Händler angehalten, auf den Nachweis, daß sie nicht in Bautzen eingestuft hatten, aber durchzogen. Die Erdbeiter über die Teuerung ließ in der Bevölkerung ungeheuer. Die zur Bemerkung nahmende Vertreter der Behörden, der Gewerkschaften usw. haben einen sehr schweren Stand. Doch ist es bis jetzt gelungen, Gewalttätigkeiten zu verhindern.

#### Ausschreitungen in Westfalen.

Wie der "Dresdner Anzeiger" hört, ist es in Westfalen an zwei Stellen auf dem Lande zu bedenklichen Ausschreitungen gekommen, und zwar in der Glauchauer Gegend und in dem kleinen Dorf Borna bei Oschatz. Dort sind Scharen von Bewohnern umliegender Fabrikorte auf den Feldern erschienen und haben umfangreiche Rebstörfungen und Plünderungen von Getreide und anderen Feldfrüchten vorgenommen, und zwar sowohl einzeln als auch in der Form gemeinsamen Vorhabens. Da die Bauern aus Bergnossum um die Ernte der Scharen zum Teil entgegneten, so ist die Plünderung sich aber nicht überall bilden abweisen lassen, so ist es zu bedenklichen Ausschreitungen gekommen, daß Landespolizei nach den bedrohten Gebieten abgefahren muhte. Von Dresden sollen fast zwei Hunderttausend dort abgegangen sein.

In Freiberg war von kommunistischer Seite das holländische Gericht verbreitet worden, es sei eine große Anzahl von Kraftfahrzeugen mit Hakenkreuzen" eingetroffen. Letztere hätten ausgebrochene Wissenschaften. Daraus hin wurden in den Hauptverkehrsstraßen der Stadt von Mitgliedern der kommunistischen Hundertschaft unter Führung des Kommunisten Wende sämtliche Autos angehalten und kontrolliert. Von einem Schuhmann über die Ungehörigkeit dieser Maßnahme zur Rede gestellt, entsprach Wende: "Ich bin Führer der Hundertschaft, mir hat niemand was zu sagen". Mit Stufen: "Haut ihn, haut ihn!" wurde der Schuhmann bedroht. Hierauf zog die Massen nach der Schuhfabrik "Oberholz" westlich Chemnitzer Industrie eine Sitzung abhielten betr. Regelung von Lohnfragen. Die Freiberger kommunistische Hundertschaft zwang die Versammlung, das Lokal zu verlassen unter der ausdrücklichen Bedeutung, unverzüglich auch Freiberg den Rücken zu lehnen. Ein aus Chemnitz zugereister Kommunist erklärte:

"Wenn unsere Fabrikanten nicht gewillt waren, was wir verlangen, werden sie gebangt!" Beim Verlassen des Lokals muhten die Chemnitzer Herren und Damen durch eine von Kommunisten gebildete Gasse förmlich Spießruten laufen, und hierdurch wurde sie von einer Blut der gemeinsamen Schimpfworte überflutet. Später zogen anheimliche Mitglieder der kommunistischen Hundertschaft, mit Waffen usw. aufwärts, nach der Wohnung des Fabrikbesitzers Johannes Rückert, um eine angeblich dort befindliche Hakenkreuzer-Versammlung "auszubaden". Da hier keine derartige Versammlung stattgefunden hatte und alle Bewohner bereits im tiefen Schlaf lagen, muhten die kommunistischen Hundertschaften die Sache wieder abzulehnen.

### Ein französischer Aufruhr.

Der Allgemeine Unabhängige Arbeiterbund veröffentlicht in der Humanität einen Aufruhr an die französischen Arbeiter, in der er ihre Aufmerksamkeit auf die französischen Arbeiterschaft lenkt, in dem sich die deutsche Arbeiterschaft befindet, der unverzüglich geworben sei. Die deutschen Arbeiter hätten deshalb für ganz Deutschland den Generalstreit, der 8 Tage andauern solle, beschlossen. Schon jetzt müsse erklärte werden, daß ein etwaiges Einschreiten der Besatzungstruppen gegen die kreisfreien deutschen Arbeiter ein Verbrechen wäre, welches durch keinen Grund gerechtfertigt werden könnte. Die Sache des deutschen und des französischen Realstaates sei auf das Ende mit innander ne-



## Bemerktes.

**Wien.** In Preß-Witemöhl hat gestern ein großer Brand auf dem Bahnhofe alle Warenmagazine verichtet. Der Schaden beträgt viele Milliarden. Deutsche und österreichische Ausstellungsausstände verbrannten. Wie die Morgenblätter aus Wien melden, ist dort das Gebäude zerstört worden, in dem sich die aus der Wiener Ausstellung von 1914 stammenden österreichischen und deutschen Ausstellungsausstände von Wert befanden. Das Feuer soll durch Kurzschluß entstanden sein.

## Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 13. August 1923.

### Jugos Abschiedsbrief.

**Wien.** Reichskanzler Dr. Cuno hat gestern nachmittag dem Reichspräsidenten die Demission des Reichstagskabinetts mit folgendem Schreiben erklärt: Herr Reichspräsident! Als ich Abrem Rote folgend die Regierung übernahm, gab ich der Überzeugung Ausdruck, daß ansichts des Ernstes der uns bevorstehenden Schwierigkeiten nur eine öffentliche einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte Deutschlands vor schwerem Schaden und Unheil bewahren konnte. Während der 9 Monate der Leitung der Politiklich ich mich stets von dem Bestreben leiten, der Wirklichkeit jener Zusammenfassung aller Kräfte den Weg zu ebnen. In der Tat haben die Grundlagen der dauernden Politik, die Stellung der Regierung im Kampf an Rhein und Ruhr, haben wichtigste wirtschaftliche und steuerliche Maßnahmen, wie umfangreiche das Gesetz zur Sicherung der Brotverorgung, die eben verabschiedeten Steuergesetze und die Aktion der großen wertbeständigen Anleihen die Zustimmung aller daran beteiligten Kräfte gefunden. Der Wille der Nation, sich im Kampf um Leben und Freiheit zu behaupten, kam dann klar und einmütig zum Ausdruck. Aus der Entwicklung der letzten Tage habe ich die Überzeugung gewonnen, daß nach meiner, in weiten Kreisen der berufenen Vertretung des Volkes vorbergehenden Ansicht der entschlossene Wille zur Selbstbehauptung noch stärker und noch nachdrücklicher durch eine Regierung verkörpert würde, die von den Koalitionsparteien gebildet und damit von einer politischen jenen Mehrheit des Reiches getragen ist. Ich bitte daher, Herr Reichspräsident, mein Amt und die Hände der gegenwärtigen Reichsminister hiermit in Ihre Hände zurückzugeben zu dürfen. Mit der Sicherung aufsichtigster Nachachtung bin ich, Herr Reichspräsident, Ihr Vater sehr ergebener Cuno.

### Alle Parteien gegen Havenstein.

**Berlin.** Alle Parteien der großen Koalition drücken den Wunsch nach einem Wechsel in der Leitung der Reichsbank aus und beschließen, diese Meinung auch dem Reichsbankdirektorium zu übermitteln.

### Unbefriedigungen bei nationalistischer Kundgebung.

**Kulmbach.** Dem Tageblatt zufolge kam es bei einer Kundgebung der nationalistischen Verbände des Bezirks Kulmbach Nord zu Plakatübersetzungen, wobei eine Person getötet und mehrere verletzt wurden. Eine Anzahl Personen wurde in Schutzhaft genommen.

### Verhaftung von Geiseln.

**Düsseldorf.** Die Franzosen verhafteten neuerdings sieben Geiseln und zwar den Vorstand der Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei Dr. Carl, den Kaufmann Kusina, den Diplomingenieur Riccius, den Kaufmann Kümmel,

den Major a. D. Müller, den Ingenieur Dr. Werner und den Direktor Giffenig. Die Franzosen bestreiten, daß diese Männer anstelle der bisher festgesetzten Geiseln festgenommen sind, es handle sich vielmehr um eine mit dem Handgranatenanschlag zusammenhängende Mahnwache. Die Verhafteten seien als Vertreter nationalistischer Verbände und Vereine in Haft genommen worden. Am Gegenfall zu den Verhandlungen der Franzosen ist schallend worden, daß die verhafteten Geiseln mit dem Attentat nichts zu tun haben. Die Gefangenen seien ein reines Gewaltwerk.

### Boincars verteidigt sich.

**Paris.** Ministerpräsident Boincar hält gestern in Stenoy anlässlich der Entstehung eines Friedensvertrags eine Rede, in deren Verlauf er sich hauptsächlich mit den Verhältnissen der Stadt während des Krieges, sowie mit den Friedensvereinigungen überhaupt beschäftigte. Boincar fügte dann hinzu: Nach dem Kriege haben Sie mich freiwilzig aufgefordert, den Platz wieder einzunehmen, den ich schon einmal inne hatte und Sie haben mir die Aufgabe anvertraut, die Interessen des Cabinets zu vertreten. Der Kriegsminister und ich haben alle unsere Kraft in diese Aufgabe gesetzt, und wenn Sie gewiß, daß wir uns nicht eher befriedigt erklären können, bevor wir nicht im Vergleich der ganzen Welt unserer Sache zum Siege verbessert werden. Das Verlangen Frankreichs, die die erlittenen Schäden entschädigt zu werden, ist das etwa eine so gewisslose Forderung? Man sagt nicht, diesen Gedanken zur Seite frei herauszuladen. Doch verleumdet man uns, man schreibt uns Hintergedanken zu! Die meisten Leute, die das verstehen, stehen, ohne es zu wissen, unter dem Einfluß Deutschlands und machen sich zum Echo der Berliner Propaganda. Undere sind Schlaumeier. Herr Stresemann sagte im Reichstag, daß sogar während des Krieges in Deutschland gegen die Franzosen kein Haß bestanden habe. Meine lieben Freunde, dann bringt mich manchmal mir die Frage auf, was hätten denn die Deutschen getan, wenn sie uns besiegt hätten? Deutschland hat sich seit dem Kriege keinen Verpflichtungen entzogen und unter vermühten Gebeten in Trümmern darniedrig liegen lassen. Wir sind bereit, die Vergangenheit zu vergessen - Grauel und Nachsicht sind Gefühle, die in der Franzosenseele keinen Platz finden. Wir wünschen lediglich, daß man unseren ritterlichen Geist und unsere Großmut achtet. Wenn aber dieser bescheidene Wunsch zur Beurteilung Anlaß gebe, dann muß man vor der Welt unseren Glauben bezeugen, daß wir nicht nur für Frankreich Berechtigung, sondern auch für die ganze Welt Frieden für die Menschheit verlangen.

### Das englische Blaubuch.

**London.** Das heute erschienene Blaubuch, das auch die britische Note enthält, bringt den Schriftwechsel mit den Alliierten seit dem 7. Juli, wo Deutschland sich erbot, die Entscheidung eines unparteiischen internationalen Tribunals über die Höhe der Reparationen und die Zahlungsmethode anzunehmen. In dem Schreiben an die Alliierten vom 13. Juni bestand Curzon auf der Notwendigkeit, vermittels einer Konferenz einen endgültigen Plan für die Regelung der ganzen Reparationsfrage aufzustellen. Unter dem 20. Juni hob er hervor, daß, wenn man Zahlungen von Deutschland erhalten wolle, Deutschlands Kredit wieder hergestellt, seine Währung stabilisiert, sein Budget ausgeglichen und seine Produktion erweitert werden müßte. Lord Curzon erklärte, daß die Reparationen, die man sich 1921 vorgestellt hätte, nicht mehr der Wirklichkeit der Lage entsprächen. Er fügte hinzu, daß die Befreiung des gesamten deutschen Gebiets außerhalb der im Versailler Vertrag festgelegten Grenzen ein Ende nehmen sollte, sobald die deutschen Sicherheiten

und Garantien wiederum gestaltet seien. Der britische Entwurf für eine gemeinsame Antwort der Alliierten an Deutschland erkannte die Notwendigkeit an, Deutschlands Verbindlichkeiten seiner Zahlungsfähigkeit anzupassen und sagte, daß die alliierten Regierungen geneigt seien, anzunehmen, es würden sich politische Vorteile ergeben aus einer Prüfung der Frage durch unparteiische Fachverständige unter amerikanischer Mittlerung vorausgesetzt, daß nichts unternommen würde, was mit den Bestimmungen des Vertrages vereinbar wäre. Curzon erklärte, daß keine Garantie für die pünktliche Erfüllung der deutschen Verbindlichkeiten genügen würden, ohne irgendeine Form internationale Kontrolle der finanziellen Verwaltung. Der Entwurf der Antwort war der deutschen Regierung vor, den passiven Widerstand an der Ruhr mit voller Überlegung organisiert zu haben undriet, ihre Ordonnanz und Defekt, die diese Form des Widerstandes sofort zurückzulegen und alle Arten von Gewalttaten und Sabotage offen zu mißbilligen.

### Märkte.

**Auf dem Großenhainer Wochenmarkt** sollten sich am Sonnabend die Preise pro Pfund wie folgt: Riepe 6000—12000 M., Hendlbeine 18000 M., Wieren 8000 bis 12000 M., Bohnen, grüne, 12000—15000 M., Gurken, grüne, 35000 M., Karotten, junge, das Stück 1500 M., Kohlrabi, junger, der Kopf 1000—2000 M., Weißkraut, blättriges, 6000—8000 M., Blüte, gemischt, 35000 M., Goldlins 45000—50000 M., Steinpilze 50000 M., Blähbarer 800—2000 M., Salat, blättriger, die Stauden 700—1000 M., Schoten 8000—10000 M., Spinat 6000 M.

## Jahrsplan der Sächs.-Böh. Dampfschiffahrt.

Gültig vom 18. August bis mit 2. September 1923.

ab Mühlberg	Flir. Sonntag	7.00	—
• Freinig	Montag und Dienstag	7.50	—
• Strehla	8.10	12.20	
• Göblis-Schöpe	8.70	12.40	
in Riesa	9.00	1.10	z
ab Riesa	7.15	—	
• Stadtpark	7.20	9.55	1.35
• Mühlberg	7.30	9.40	1.40
• Borsig-Klostermühle	8.00	10.10	2.10
• Merkwitz	8.15	10.20	2.20
• Striebitz	8.20	10.25	2.35
• Niederlommendorf	8.80	10.40	2.40
• Diesbar	8.40	10.50	2.50
in Meißen	10.05	11.00	3.00
• Dresden	12.85	12.15	4.20
		8.10	7.10
ab Dresden	7.80	11.00	2.00
• Meißen	8.85	1.15	4.15
• Diesbar	10.15	1.55	4.55
• Niederlommendorf	10.25	2.05	5.05
• Striebitz	10.30	2.10	5.10
• Borsig-Klostermühle	10.40	2.20	5.20
• Mühlberg	10.50	2.30	5.30
in Riesa	11.15	2.55	5.35
	11.20	8.00	7.50
		6.85	
ab Göblis-Schöpe	11.55	—	6.50
in Strehla	12.10	—	7.05
• Freinig	—	7.15	Dienstag
• Mühlberg	7.50	8.00	7.50

## Der bereits gefüllte Extra-Separat-Tanzkursus

beginnt Donnerstag, 30. August (Damen 7 Uhr, Herren 8½ Uhr) im Hotel Westiner Hof. Weitere Anmeldungen von Damen und Herren aus besseren Kreisen werden noch in meiner Wohnung, Albertplatz 6, entgegengenommen. Pro Person 60 Schillings. Robert Richter, Lehrer der böhm. Tanzkunst.

Stilles Baulinientechnik sucht zu baldmöglichstem Antritt einen jüngeren

## Konto-Korrent-Buchhalter,

der sicheres und selbständiges Arbeiten gewöhnt ist. Angebote unter Y P 665 an das Tageblatt Riesa erbeten.

## H. Pohl

### Geschirrführer

Zum sofortigen Anteil suchen einen tüchtigen, zuverlässigen Mann als Geschirrführer.

### Louis Otto,

Commissar.

### Ein ehrliches

### Hausmädchen

15—17 J. sucht s. M. gelernte Fleischbermeister, Blödeau

Unterhaltertanz. Antritt Kontrakt in vert. Raumann. Rittg. Göblis.

### Vorsteigerung

Mittwoch, 15. 8., 1/3 Uhr

Bahnhofstr. 16. Möbel

Wäscherei.

### National-

### Großraum

Sachenkauf ab Laden

Röderstein,

Berlin, Urbanstr. 28.\*

Raute

### Aepfel

### Birnen

### Pflaumen

zu Tagespreisen.

### Paul Pfeifer

Westinerstr. 29. Tel. 142

— Mittwoch, 16. August

Schw. Zusammenkunft

Stadtspark.

Die deutige Nr. am Anfang

Zeile.

Ihre in aller Stille vollzogene Vermählung geben bekannt

W. Noga, Lehrer

und Frau Liesel geb. Boeg.

Gohlis, 11. August 1923.

Stets Einkauf von

## Schafwollen

gewaschen u. ungewaschen.

### Gegenlieferung

### von Garnen

### Baumwolle u. h.

Angebote erwünscht.

Keine Abschaffung für Händler.

### Geschäftliche

### und private

Druckdrucken aller Art

werden bei sauberer

u. geschmackvoller Aus-

führung in fürscher

Rechte angewiesen von

Tageblatt - Druckerei

Riesa, Goethestr. 58.

Wohl.

Brillenhausange

Mittwoch, d. 15., früh 7 Uhr

alle Personen.

W. Goebel.

Die deutige Nr. am Anfang

Zeile.

## Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Für unser Unabhän-

g in Apolda i. Thür. suchen

wir zum 1. September eine

tüchtige, gewissenhafte

Kaufleute.

AlbertTropowitz

Riesa a. Elbe.